

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Kultur und Theatertransformation am 29.10.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	18:02 Uhr
Ende:	20:15 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Präger
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der gemeinsamen öffentlichen Sondersitzung vom 09.09.2025	2301/25

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 5. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Institutionelle Förderung im kulturellen Bereich 2026
BE: Kulturdirektor | 2251/25 |
| 5.1.1. | Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, Mehrwertstadt und Bündnis 90/Die Grünen - Institutionelle Förderung im kulturellen Bereich 2026 | 2617/25 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Karnevalsfestumzüge 2026 - 2028
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe
hinzugezogen: Vertreter des Gemeinschaft Erfurter Carneval von 1991 e. V. | 2361/25 |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 2361/25 – Karnevalsfestumzüge 2026-2029 | 2565/25 |
| 6.2. | Beschluss eines Kooperationsprojektes mit der Universität Erfurt zur Aufarbeitung menschenfeindlicher Gewalt in der DDR und Transformationszeit
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 2501/25 |
| 7. | Informationen | |
| 7.1. | Aufarbeitung menschenfeindlicher Gewalterfahrungen in der DDR und 1990er-Jahre in Erfurt - Prüfergebnis
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 2369/25 |
| 7.2. | Mündliche Informationen | |
| 7.3. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt), eröffnete die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Kultur und Theatertransformation, begrüßte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, die Ausschussmitglieder und alle Gäste. Anschließend stellte er die form- und fristgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 36 Abs. 1 ThürKO fest.

Zum Sitzungsbeginn waren 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt), ob es seitens der anwesenden Ausschussmitglieder Änderungen zu Tagesordnung gibt, beantragte Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) die Vorziehung des Tagesordnungspunktes 6.1 - Karnevalsfestumzüge 2026 - 2028 (Drucksache 2361/25) samt dem Änderungsantrag, da Gäste des GEC e.V. anwesend sind. Dagegen erhob Herr Flamma (Fraktion Die Linke) Widerspruch, da für den Tagesordnungspunkt 5.1 - Institutionelle Förderung im kulturellen Bereich 2026 (Drucksache 2251/25) ebenfalls Gäste des Kulturbereiches anwesend sind. In Folge dessen zog Herr Schade seinen gestellten Antrag zurück und es wurde fortgefahren wie eingeladen.

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der gemeinsamen öffentlichen Sondersitzung vom 09.09.2025 2301/25

Es lagen keinen schriftlichen und mündlichen Einwänden zur Niederschrift vor.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

**5.1. Institutionelle Förderung im kulturellen Bereich 2026 2251/25
BE: Kulturdirektor**

Dem Vertreter des nochson e. V. wurde einstimmig das Rederecht erteilt. Ebenso wurde dem Vertreter des Ständige Kulturvertretung Erfurt e. V. einstimmig das Rederecht erteilt.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNE) erklärte, dass man Post der Vereine erhalten hat und aufgrund ihrer Schilderungen sieht man eine Notwendigkeit einer Aufnahme beider Vereine in die Institutionelle Förderung.

Im Anschluss stellte der Vertreter des nochson e. V. den Verein mit Blick auf das Tätigkeitsfeld und die etablierten Projekte (beispielsweise Tapetenwechsel, Hebebühnenkonzerte und USE IT Map - Die junge Stadtkarte für Erfurt), sowie die positiven Aspekte für die Bevölkerung der Stadt Erfurt vor.

Ebenso stellte der Vertreter des Ständige Kulturvertretung Erfurt e. V. den Verein unter den gleichen Gesichtspunkten den Ausschussmitgliedern vor. Projekte des Ständige Kulturvertretung Erfurt e. V. sind beispielsweise „Gold statt Braun“, „Kultur flaniert“ und „Kulturstammtisch“.

Herr Neigefindt (Fraktion SPD & PIRATEN) fragte bei den anwesenden Vertretern der Vereine nach, ob durch die Abdeckung der Personalförderung durch die Institutionelle Förderung eine Verringerung anderer finanzieller Förderungen durch die Stadt hervorgerufen wird.

Der Vertreter des nochson e.V. antwortet, dass man entstehenden Verwaltungskosten des Vereins aktuell durch die Verwaltungspauschalen der Projektförderung abdeckt werden und durch die Institutionelle Förderung würde dies wegfallen, sowie würde die Kulturförderung im Projektbereich geringer ausfallen.

Die Kulturförderung wurde auch bei der Ständigen Kulturvertretung Erfurt e. V. geringer ausfallen, da mehr Planungssicherheit gegeben ist, so der Vertreter des Vereins.

Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister fragte nach, ob die Projektförderung einzig durch Stadt Erfurt erfolgt oder ob es auch andere Mittelgeber gibt.

Die Kulturdirektion ist für den nochson e. V. ein treuer Förderer, aber bei der Vielzahl von Projekten werden auch weitere Dritte in Anspruch genommen.

Die Stadt Erfurt ist der Hauptgeldgeber, aber man bezieht auch Drittmittel durch Kooperationen mit Landeszentrale für politische Bildung und die Spenden eigener Mitglieder, so der Vertreter der Ständigen Kulturvertretung Erfurt e. V.

Aus dem Ausschuss heraus wurde das Rederecht für den Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herrn Robeck, beantragt und sodann einstimmig durch den Ausschuss erteilt.

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) erörterte, dass zwei Aufträge aus dem Stadtrat heraus an die Stadtverwaltung formuliert wurden. Das eine sei ein Inflationsausgleich in der Kulturförderung und die Überarbeitung der Kulturförderrichtlinie. Die Planung und Durchführung von Veranstaltungen ist in den letzten Jahren schwieriger geworden, daher ist die Unterstützung der Kulturtreibenden von Bedeutung, so Herr Robeck. Abschließend gab er die anberaumte Anhebung der Beherbergungssteuer zu berücksichtigen, da kulturelle Veranstaltungen einen Einfluss auf die Beherbergung in Erfurt haben.

Die Fraktion CDU sieht die Institutionelle Förderung als wichtig an, aber aufgrund der finanziellen Haushaltslage entsteht eine Konkurrenz in dem Kulturbereich, so Frau Prof. Dr. Polster (Fraktion CDU). Im Folgenden legte sie Beispiele offen, wo finanzielle Kürzung anstehen werden. Frau Prof. Dr. Polster erklärte, dass aus diesen Gründen eine aktive Zustimmung bei weiteren freiwilligen Aufgaben nicht möglich ist und unterstrich, dass der Beschlusspunkt 02 falsche Hoffnung bei den Betroffenen hervorruft.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) legte dar, dass gemäß der Vorlage es noch weitere Vereine gibt, die nicht berücksichtigt werden. So wurde beispielsweise der Thüringer Satiretheater und Kabarett DIE ARCHE e. V. nicht berücksichtigt und dies war aus Sicht von Frau Stange nicht nachvollziehbar, weshalb sie hinterfragte, ob Gespräche mit den nicht berücksichtigten Vereinen geführt wurden.

Ein Vertreter der Kulturdirektion antwortete, dass keine Gespräche geführt wurden und es zu keiner Kontaktaufnahme durch die Vereine, weder vor noch im weiteren Verlauf, kam. Am Beispiel des Thüringer Satiretheater und Kabarett DIE ARCHE e. V. legte der Vertreter die Begründung dar, warum nach fachlicher Einschätzung des Amtes eine institutionelle Förderung nicht vorgeschlagen werden konnte.

Die sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Prof. Dr. Schmolinsky, widersprach ihrer Vorrednerin der Fraktion CDU und plädierte für die Wertschätzung des Kulturbereiches, sowie der Kulturtreibenden.

Herr Flamma (Fraktion Die Linke) erklärte, dass die Kulturszene Hoffnung dringend notwendig hat und aus diesem Grund ist eine Unterstützung der Institutionen von Bedeutung. Im Folgenden bat er die Fraktionen CDU und SPD & PIRATEN um Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag.

Die Beachtung des Beschlusspunktes 02 ist, aufgrund der aktuellen Haushaltslage, sehr ernst zu nehmen und eine Aufnahme beider Vereine in die Institutionelle Förderung muss unter dem Haushaltsvorbehalt erfolgen, so Herr Schade (SPD & PIRATEN).

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt) unterstrich die geführte Debatte hinsichtlich der Wichtigkeit für die Kulturlandschaft und die Beachtung der Haushaltslage. Er bat sogleich um die Reflexion der angebrachten Punkte und die Bedeutung beider Vereine, sowie um die Zustimmung beide Vereine in die Institutionelle Förderung mit aufzunehmen.

Herr Töpfer (Fraktion AfD) gab zu beachten, dass man mit städtischen Steuergeldern verantwortungsbewusst umgehen soll.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Daher ließ der Ausschussvorsitzende zunächst über den Antrag der Fraktionen Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 2565/25 und sodann über die Ursprungs-Drucksache abstimmen.

Abstimmungsergebnis (Drucksache 2565/25):

Ja: 7
Nein: 1
Enthaltungen: 2
→ damit bestätigt

Abstimmungsergebnis (Drucksache 2361/25)

Ja: 7
Nein: 1
Enthaltungen: 2
→ damit mit Änderungen beschlossen

mit Änderungen beschlossen Ja 7 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Den in der Anlage 1¹ aufgeführten Kulturvereinen wird gemäß der Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung eine institutionelle Förderung, inklusive der Änderung in Satz 2, in angegebener Höhe für 2026 gewährt und für 2027 in die Haushaltsplanung aufgenommen. In Anlage 1 wird der nochson e.V. mit 16 360 Euro sowie die SKV e.V. mit 43.460 Euro für jeweils beide Jahre ergänzt.

02

Die Gewährung der institutionellen Förderung steht für beide Jahre unter Haushaltsvorbehalt

¹ Die geänderte Anlage 1 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt

5.1.1. Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, Mehrwertstadt und Bündnis 90/Die Grünen - Institutionelle Förderung im kulturellen Bereich 2026 2617/25

Es erfolgte eine Behandlung dieses Tagesordnungspunktes unter dem Tagesordnungspunktes 5.1.

bestätigt Ja 7 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. Karnevalsfestumzüge 2026 - 2028 2361/25
**BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
erbe**
**hinzugezogen: Vertreter des Gemeinschaft Erfurter Carne-
val von 1991 e. V.**

Den anwesenden Vertretern des Gemeinschaft Erfurter Carnival von 1991 e. V. (GEC) wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Der Vizepräsident des GEC bedankte sich für die Einladung. Im Folgenden verdeutlichte er die Wichtigkeit der Sicherung des Karnevals in Erfurt. Denn beispielsweise wurde Erfurt nach Köln und Aachen durch die NÄRRISCHE EUROPÄISCHE Gemeinschaft zur NÄRRISCHEN Kulturstadt 2029 ernannt. Die Karnevalsvereine können nicht an den städtischen Kulturförderprogrammen teilnehmen, doch durch die Ernennung sind europäische Fördermittel und eine internationale Aufwertung der Stadt möglich. Abschließend stellte der Vizepräsident das Tätigkeitsfeld des GEC im Detail den Ausschussmitgliedern und Gästen vor und sprach sich für die Unterstützung des Karnevals und die Anerkennung des Ehrenamtes aus.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) bedankte sich für die Ausführungen und hinterfragte im Anschluss „was für die Stadt zurückkommt und wann es zurückkommt“.

Das Budget für die NÄRRISCHE Kulturstadt liegt im sechsstelligem Euro-Bereich. Jedoch müssten die Städte sich für die Pflege und Bewahrung der Karnevalstradition in ihrer ursprünglichen Form einsetzen. Es bedarf daher auch einer kontinuierlich stattfindenden Veranstaltung; daher müssen die Festumzüge der nächsten Jahre gesichert werden, erklärte der Vizepräsident.

Der sachkundige Bürger der Fraktion Die Linke, Herr Schorr, fragte im Folgenden nach dem Eigenanteil der Kommune zur Umsetzung des Projektes NÄRRISCHE Kulturstadt und den Unterstützungsbedarf durch die Stadtverwaltung. Weiterhin hinterfragte er die notwendigen Kosten für Terrorabwehrmaßnahmen und der allgemeinen Sicherheitsauflagen. Seiner Kenntnis nach sollten sich Kommunen zusammenschließen, um gemeinsam Fördermittel des Freistaates in Höhe von bis zu 500.000 Euro für die Anschaffung von Sicherungsgegenständen wie Überfahrsperren erhalten zu können. Er stellte die Frage, ob die Stadtverwaltung Erfurt sich für den Erhalt der Fördermittel bemüht habe.

Der Vizepräsident antwortete, dass die Bewerbung für die NÄRRISCHE Kulturstadt nur deshalb eingereicht wurde, weil klar war, dass die Stadt und der GEC kein finanzielles Risiko eingehen. Das Förderprogramm aus ERASMUS soll die Kosten für die Veranstaltungen als NÄRRISCHE Kulturstadt abdecken; aber daher ist ein Vorlauf von vier Jahren notwendig.

Die Bezeichnung der Beschlussvorlage in der Tagesordnung der Einladung und die vorliegende Drucksache sowie die dazugehörige Anlage unterscheiden sich hinsichtlich der niedergeschriebenen Jahreszahlen, merkte Herr Maicher an. Des Weiteren hinterfragte er, ob man zwingende mit Lastkraftwagen durch die Straßen fahren muss oder man diese gegen Traktoren als Zugmaschinen tauschen könnte, um Kosten zu sparen, da insbesondere dann die EVAG die Stromleitungen der Straßenbahnen nicht abstellen müsse. Er fragte zu dem, wer den Differenzbetrag zwischen städtischen Mitteln und der Kosten des GEC zahlt, sowie nach der Höhe der eingeplanten Sponsorenmittel für den anberaumten Zeitraum.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit erklärte, dass für das Kalenderjahr 2025 keine Kostenüberschreitung vorlag, da kein Umzug stattfand. Der Rahmen für die Unterstützungen wurde durch intensive Gespräche zwischen der Stadtverwaltung und dem GEC abgesteckt und bei den vorliegenden 190.000 Euro wieder festgeschrieben. Jedoch werden einzelnen Positionen im Austausch mit dem GEC stetig evaluiert. Abschließend informierte sie, dass sich aktuell eine Delegation des Bürgeramtes in Mainz zum Dialog mit den dort zuständigen Kollegen befindet, um den Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Karnevalsumzüge in den beiden Städten voranzutreiben und sich über die grundsätzlichen Verfahren zur Absicherung derartiger Veranstaltungen auszutauschen.

Der Referent des Bereich Oberbürgermeister erörterte, die Diskrepanz zwischen der Einladung und der Drucksache mit den dazugehörenden Anlagen. Es gehe letztlich um den Abschluss einer Vereinbarung zur Umsetzung des Karnevalsfestumzuges bis 2029.

Im Folgenden befürwortete Herr Maicher eine Thematisierung der Umzüge für die Jahre 2026 und 2027, damit die Umzüge für die Jahre 2028 und 2029 im Nachgang evaluiert werden können. Darüber hinaus wollte er wissen, ob die Gesamtkosten des Karnevalsumzuges 2026 dem zuständigen Ausschuss vorgelegt werden könnten, damit die Transparenz gewahrt wird und mögliche Einsparmaßnahmen in den Folgejahren getroffen werden können.

Die Bürgermeister antwortete, dass eine offene und ehrliche Kommunikation seitens der Stadtverwaltung verfolgt wird und daher ist eine Offenlegung der Kosten möglich.

Die Gespräche mit den Sponsoren laufen, aber diese möchten ebenfalls Planungssicherheit, führte der Vizepräsident aus. Die Sponsoren signalisieren eine Bereitschaft der mehr-

jährigen Förderung, aber die Beschlussfassung der Karnevalsumzüge über mehrere Jahre ist daher notwendig.

Die Kosten für die Karnevalsumzüge sind in der Gesamthöhe zu beachten, denn die Kosten steigen exponentiell, führte die sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Büchner, an. Weiter hinterfragte sie, ob die Kosten für die Antiterrormaßnahmen und die Sponsorengelder in den bezifferten 190.000 Euro enthalten sind und ob es einen Kosten- und Finanzplan gibt, welcher die einzelnen Positionen aufzeigt.

Die Kosten der Terrorabwehrmaßnahmen würden durch die Landeshauptstadt Erfurt zusätzlich bereitgestellt, so die Bürgermeisterin, da entsprechende Gutachten ergeben hätten, dass dies Aufgabe der öffentlichen Hand sei und nicht auf die Veranstalter abgewälzt werden könne. Für die „innere Sicherheit“ der Veranstaltungen seien jedoch die Veranstalter verantwortlich.

Daraufhin zeigte Frau Büchner ihre Verwunderung und fragte nochmals nach einem Kosten- und Finanzplan.

Es gibt eine Unterscheidung von Antiterrormaßnahmen und andere Sicherheitskosten, wie Gitter, Innen- und Außenschutz des Umzuges, sowie die Securitykosten, so die Bürgermeisterin. Erstere werden durch die öffentliche Hand finanziert; die weiteren Kosten habe der Veranstalter zu tragen.

Herr Maicher stellte die Nachfrage, mit welchen Sponsorengeldern seitens des GEC gerechnet wird und unterstrich seine vorangestellte Frage, ob man statt der Lastkraftwagen nicht Traktoren verwenden könnte.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt), gab zu bedenken, dass die Detailfragen zum aktuellen Planungszeitpunkt ggf. nicht geklärt werden können.

Ein Vertreter des GEC unterstrich an dieser Stelle, dass der Karnevalsumzug das größte Höhepunkt in der Karnevalssaison ist. Die Kostensteigerung ist auf die Sicherheitsauflagen seitens der Stadtverwaltung zurückzuführen. Die Oberleitung der Straßenbahnen muss sowohl bei den Lastkraftwagen als auch den Traktoren abgestellt werden. Abschließend gab der Vertreter zu bedenken, dass die Zuschauer des Karnevalsumzuges auch Umsätze in dem Gastgewerbe erbringen welche wiederum als Einnahmen aus der Gewerbesteuer indirekt der Landeshauptstadt Erfurt zurückfließen würden.

Der Zugleiter des GEC wiederholt anschließend ausführlich die Tätigkeitsfelder und Wichtigkeit der Arbeit des GEC als Gemeinschaft.

Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) bedankte sich für die Ausführungen seitens des GEC. Im Anschluss zeigte er seine Verwunderung, dass um den Karneval in den letzten Jahren immer eine schärfere Diskussion geführt werde als beispielsweise in Bezug auf die institutionelle Förderung von Vereinen und Verbänden. Herr Schade äußerte zudem, dass die Kosten in den vergangenen Jahren geringer waren, aber auf die Entwicklungen des Weltgeschehens eingegangen werden muss.

Die Vertreterin der Fraktion Die Linke, Frau Stange, informierte, dass die Bevölkerung und der Stadtrat schon in den letzten Jahren zum Thema Karneval gespalten waren. Jedoch sollte es ihrer Meinung nach beim Ehrenamt keine Unterscheidung erfolgen und Würdigung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit sollte jeder erfahren. Die Positivliste als Anlage der Ko-

operationsvereinbarung liefert die Quelle für die Verwendung der 190.000 Euro, so Frau Stange weiter. Weiterhin sprach sie sich dafür aus, dass die Leistungen der Stadt in dem § 3 der Kooperationsvereinbarungen auch bei anderen Veranstaltungen in Betracht gezogen werden sollten.

Herr Schorr fragte nach den Bestrebungen der Stadtverwaltung, eine Förderung der Anschaffung von Sicherungsmitteln durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales zu erhalten und ob man die Sperrgitter gegebenenfalls mieten könnte, um Kosten zu senken. Zudem gab er eine mögliche Förderung durch das ERASMUS zu bedenken.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass die Nachfrage zur ERASMUS-Förderung in der Ausschusssitzung mangels Kenntnis des Förderverfahrens nicht beantwortet werden kann. Die Grundlagen der Sicherheitsanforderungen bei öffentlichen Veranstaltungen sind in den letzten Jahren gestiegen und somit auch die Kosten. Aber von Seiten des Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wurde Unterstützung signalisiert, hierbei wird der Erlass des Innenministers erwartet, führte die Bürgermeisterin aus. In der nächsten Zeit werde man sich mit zwei weiteren Kommunen (Stadt Gotha, Landkreis Sömmerda) zusammenfinden, um die Förderung des Landes Thüringen i. H. v. bis zu 500.000 Euro für die Anschaffungen im Sicherheitsbereich in Anspruch nehmen zu können. Abschließend gab die Bürgermeisterin einen Ausblick, dass man bereits 22 Überfahrtsperren angeschafft und zusätzlich 20 weitere anschaffen wird. Die Förderkriterien seien für 2025 noch nicht klar, jedoch sei die Anschaffungen der Überfahrtsperren bereits erfolgte bzw. der Ankauf von 20 weiteren werde erfolgen. Diese seien für die Absicherung der kommenden Feste, z. B. des Weihnachtsmarktes erforderlich, aber nicht ausreichend.

Im Folgenden bat Herr Schorr um Prüfung, ob Mietkosten für die Gitter den Kaufpreis überwiegen könnten.

Dies Prüfung erfolgte bereits unter den wirtschaftlichen und sicherheitsrechtlichen Aspekten, so die Bürgermeisterin.

Frau von Wrede (Fraktion CDU) unterstrich, dass die gestellten Fragen wichtig sind und dass die Sicherheitskosten durch Sicherheitsanforderungen gestiegen sind. Der Austausch mit größeren Kommunen zum Karnevalsumzug ist von Bedeutung, führte Frau von Wrede aus. Abschließend bat sie die Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN den Beschlusspunkt zum Magdeburger Allee Fest aus dem Änderungsantrag auszukoppeln bzw. einen einzelnen Antrag zu stellen. Dieser habe mit der vorliegenden Beschlussvorlage nichts zu tun.

Herr Schade erklärte, dass die Förderung für die Sicherheitsmaßnahmen nach § 24 Finanzausgleichsgesetz Partnerkommunen vorschreibt und fragte im Folgenden welche Kommunen dies sein.

Die Stadtverwaltung werde sich mit der Stadt Gotha und dem Landkreis Sömmerda zusammenschließen, informiert die Bürgermeisterin nochmals.

Herr Schade erklärte, dass man seitens der Fraktion SPD & PIRATEN das Magdeburger-Allee-Fest als Beispiel für Straßenfeste mit den gleichen Gegebenheiten wie dem Karneval gewählt hat, jedoch zieht man den Änderungsantrag zurück und wird einen separaten Antrag für diese Thematik einreichen.

Die Bürgermeisterin legte offen, dass man sich aktuell Entwurfsstadium hinsichtlich der Kosten zwischen der Stadtverwaltung und dem GEC befindet und nach Abschluss der Maßnahme könne eine Übersicht der Gesamtkosten diesem Ausschuss vorgelegt werden.

Der Präsident des Anger Karneval Club Erfordia e. V. äußerte, dass auch die am Umzug teilnehmenden Karnevalsvereine immense Kosten zu tragen haben, so beispielsweise für die Kamelle und die Herrichtung und Ausstattung der Umzugswagen. Aus diesem Grund ist für die Vereine eine Planungssicherheit sehr wichtig, so der Präsident weiter.

Herr Maicher dankte den anwesenden Vertretern des GEC für die ehrenamtliche Tätigkeit und eine Abrede des Erfurter Karnevals soll bitte nicht wahrgenommen werden.

Der Vorsitzende schloss sich seinen Vorrednern an und sprach sich für den Erhalt des Erfurter Karnevalsumzug aus. Er gab aber zu bedenken, dass hierbei eine langfristige Vereinbarung für die Planungssicherheit von Bedeutung ist. Des Weiteren stellte er in Bezug auf den festen Förderbetrag und steigenden Kosten eine degressive Förderung fest. Es sollte daher geprüft werden, ob es sich hierbei um eine Vollfinanzierung oder eine anteilmäßige Förderung handelt. Abschließend führte der Vorsitzende aus, dass der Kooperationsvertrag ein erster positiver Schritt ist, aber er wünschte sich eine bessere Vorbereitung und Transparenz, auch mit Blick auf andere kulturelle Bereiche der Stadt Erfurt.

Auf Hinwirken der Ausschussmitglieder, wurde durch den Ausschussvorsitzenden folgende Festlegung getroffen:

Drucksache 2644/25	Im Rahmen der Beratung zu den Karnevalfestumzügen in den Jahren 2026 bis 2029 kam die Bitte auf, eine Übersicht über die abschließend abgerechneten Kostenpositionen gemäß der Positivliste (Anlage der Kooperationsvereinbarung) bezüglich des Karnevalfestumzug 2026 zu erhalten. T: zur gegebenen Zeit V: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe
-------------------------------	--

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht, sodass der Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung stellte.

bestätigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**6.1.1. Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 2565/25
2361/25 – Karnevalsfestumzüge 2026-2029**

Es erfolgte eine Behandlung dieses Tagesordnungspunktes unter dem Tagesordnungspunktes 6.1.

zurückgezogen

6.2. Beschluss eines Kooperationsprojektes mit der Universität Erfurt zur Aufarbeitung menschenfeindlicher Gewalt in der DDR und Transformationszeit 2501/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) dankte für die ermöglichte Debatte in der Ausschusssitzung und zeigte sich ernüchternd, dass eine erneute Beschlussfassung von Nöten ist. Darüber hinaus stellte er die positiven Aspekte für die Stadt Erfurt durch dieses Projekt vor.

Den Vertretern der Universität Erfurt wurde einstimmig erteilt.

Die Vertreter stellten sich einzeln den Ausschussmitgliedern vor und präsentierten hierbei ihre Tätigkeitsfelder und das Projekt im Detail.

Frau Prof. Dr. Polster (Fraktion CDU) hinterfragte im Folgenden das Forschungsdesign, welches ihr aus der Vorstellung mit einer Professorin der Universität Erfurt anders bekannt ist und fragte zu dem, ob für das Projekt Fördermittel beantragt wurden.

Ein Vertreter erklärte, dass die Kooperation auf Gesprächen mit Stadtratsmitgliedern zurückzuführen ist und aus diesem Grund soll Kooperation erfolgen und nicht lediglich Fördermittel beantragt werden.

Die sachkundige Bürgerin der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Prof. Dr. Schmolinsky, unterstrich an dieser Stelle die Bedeutung und die Wertschätzung dieser wissenschaftlichen Arbeit, welches durch die Kooperation erfolgen sollte.

Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) verdeutlichte, dass die Stadt ein Interesse an genau diesem Projekt hat und daher ist die Entscheidung pro für die Beschlussfassung.

Herr Robeck äußerte, dass eine Gegenleistung für die Stadtverwaltung vertraglich gesichert ist. Beispielsweise wird es einen Abschlussbericht mit den Ergebnissen und Empfehlungen zum weiteren Umgang dieses Projektthemas geben. Des Weiteren können anschließend Bildungsmodule für Schulen erarbeitet werden und Erkenntnisse für den Kulturbereich gewonnen werden, so der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN weiter.

Ob ein Kooperationsvertrag bereits vorliegt, wollte Frau Prof. Dr. Polster im Folgenden wissen und gab sogleich die Beantragung von Fördermittel für diese Arbeit zu bedenken.

Ein Vertreter der Kulturdirektion erklärte, dass ein Entwurf eines Kooperationsvertrages seitens der Universität Erfurt vorlag und dieser wurde durch die Fachämter geprüft. Seitens des Rechtsamtes kam man zum Ergebnis, dass eine Rechtgrundlage fehlt und daher ist die Beschlussfassung durch den Stadtrat notwendig.

Eine inhaltliche Frage zur Stellungnahme seitens der Stadtverwaltung wurde durch die sachkundige Bürgerin der Fraktion Mehrwertstadt, Frau Allstädt, geäußert. Die Nachfrage konnte durch den Vertreter der Kulturdirektion aufgeklärt und beantwortet werden

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Der Ausschussvorsitzenden ließ über die Drucksache abstimmen.

bestätigt Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

7. Informationen

- 7.1. Aufarbeitung menschenfeindlicher Gewalterfahrungen in der DDR und 1990er-Jahre in Erfurt - Prüfergebnis 2369/25**
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-erbe

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

7.2. Mündliche Informationen

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

7.3. Sonstige Informationen

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt), die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Theatertransformation.

gez. Präger
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer